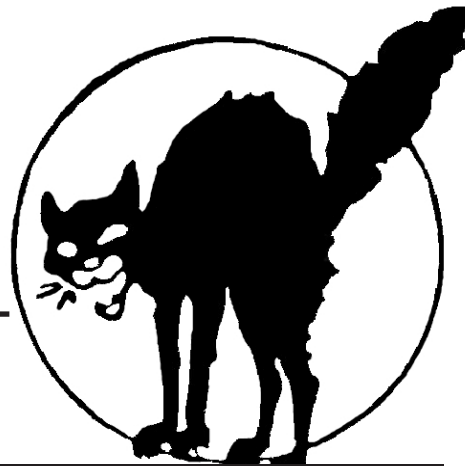


di schwarzi chatz

Zeitung der Freien Arbeiter_innen Union in der Schweiz



Auf zum Streik!

Der Frauen*Streik¹ am 14. Juni beruft sich auf einen der grössten Streiks in der Geschichte der Schweiz: der Frauenstreik im Jahr 1991. Daran beteiligten sich eine halbe Million Menschen. Viele Probleme sind geblieben, die Forderungen jedoch um einiges breiter geworden.



Auf zum Streik am 14. Juni!

Verschiedene Arten des Feminismus

Während der Streik in der Deutschschweiz oftmals Frauen*Streik genannt wird, ist in der Romandie *Grève Feministe* weitaus gängiger. Das zeigt auch, dass es DEN Feminismus nicht gibt. Begriffen wie „Sozialismus“ oder „Links“ ähnlich, handelt es sich um einen Sammelbegriff, worunter sich sowohl revolutionäre und z.T. selbst konservative Kreise finden. Der Stern ist ein grosses Symbol im neuen Streik und ein Zeichen für den gesellschaftlichen und den Wandel in der Bewegung selbst. Der Stern wie z.B. in Frauen*streik steht dafür, dass Geschlechter wie „Frau“ und „Mann“ gesellschaftlich geschaffen, und nicht biologisch sind. Gleichzeitig soll er auch andere Arten „der Frau“ miteinbeziehen.

Zum Beispiel Transfrauen oder queere² Menschen. Deswegen beziehen sich zunehmend mehr Forderungen auch auf die Rechte von Trans-, Inter-, Nicht-Binären oder anders Definierten. Das war 1991 leider noch anders.

Breite Bewegung, Breite Forderungen

Der feministische Streik ist weitaus mehr, als es die reformistische Mobilisierung durch die Zentralgewerkschaften³ vermuten lassen würde. Der Forderungskatalog hört nicht einfach bei der Lohngleich-

¹ Im Artikel werden sowohl *feministischer Streik* wie auch *Frauen*streik* für den 14. Juni gebraucht.

² *Queer* ist ein sehr breiter Begriff. Oftmals wird er von Menschen gebraucht, welche sich nicht eindeutig den Geschlechtern „Mann“ und „Frau“ zuordnen wollen.

(weiter auf Seite 2)

Mai/Juni 2019

Nr. 58, 11. Jahrgang

ISSN 1664-6096

www.faubern.ch | zeitung@faubern.ch

In dieser Ausgabe

Massenproteste im Sudan und Algerien

3

In beiden Ländern sind die alten Diktatoren „abgesetzt“. Doch jetzt beginnt erst der Kampf gegen die korrupten Regimes.

Basisgewerkschaft SI Cobas wird angegriffen

5

Der SI Cobas in Italien ist mit Verbotsforderungen der rechten Regierung konfrontiert. Auch Medien und Chef*innen starten Schmutzkampagnen.

Klimakapitalismus

8

Seit die Klimastreiks auf der Strasse sind, wird nachhaltiger Konsum gefordert. Doch eigentlich sollte es um mehr gehen: System Change, not Climate Change.

Police the Police

11

Schweizweit zieht die Polizeigewalt wieder an. Und die Regierung schaut bestenfalls nur zu. Bestenfalls...

Gewerkschaften und Tarifverträge

13

Wann und warum begannen Gewerkschaften tarif- bzw. Gesamtarbeitsverträge zu unterzeichnen? Teil 1 erzählt von der Zeit davor.

Rubriken

Kultur

15

Rechtliches

16

Editorial

Die Zeit der politischen Streiks scheint wieder gekommen: Die Jugend hat mit ihren Freitäglichen Streiks eine Bewegung losgetreten, welche der Zerstörung des Planeten nicht weiter zuschauen will. Doch schon gibt es einige, welche den eigenen Konsum in den Vordergrund stellen. Der Hauptverursacher der bevorstehenden Klimakatastrophe ist jedoch nicht der einzelne Mensch sondern der Kapitalismus, welcher Profit über unser aller Leben stellt. Was wir brauchen ist eine Revolution, nicht profitorientierte Bio-Läden, welche sich nur die GLP leisten kann. Von der heuchlerischen GLP möchten wir aber eigentlich gar nicht erst anfangen...

*Die zweite Art des politischen Streiks kommt in der Schweiz mit drei Monaten Verspätung: Der feministische Streik erfasste am internationalen Frauen*kampftag, dem 8. März, international einige Länder; Millionen beteiligten sich. In der Schweiz folgt dieser erst am 14. Juni, wie schon bei der ersten Ausgabe 1991. Viele Probleme haben sich seither nicht gelöst: Der Sexismus unserer Gesellschaft durchzieht unsere Hütten, unsere Arbeit und unsere Beziehungen zueinander. Dagegen ist ein entschiedenes Zeichen zu setzen. Doch es darf nicht bei diesem einen Tag bleiben.*

Gestreikt wird auch im Sudan und in Algerien. Dort hat sich die Wut über die korrupte Machtelite in massiven Protesten und Arbeitsniederlegungen entladen. Dabei musste sowohl Bouteflika in Algerien und Al-Bashir im Sudan den Posten räumen. Doch die Geier kreisen in Form des Militärs immer noch über dem Land. Dieser Kampf ist noch nicht zu Ende, der Wille der Bevölkerung jedoch auch nicht.

Es kommen intensivere Zeiten auf uns zu: Die Regierungen füllen sich wieder mit Rechtsextremen, die Polizei hierzulande und in Deutschland macht mobil, doch auch die Bevölkerung steht nicht still. Nur gemeinsam können wir unser aller Freiheit von sämtlicher Unterdrückung erringen. Organisiert euch!

Eure Fauistas

F*-Streik

(von Seite 1)

heit auf. Der Aufruf zum Streik, welcher am nationalen Kongress im März 2019 verabschiedet wurde, umfasst so auch verschiedenste Forderungen. Manche sind tatsächlich „konventionell“ gewerkschaftlicher Art, also Lohnarbeit betreffende Forderungen wie gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Die Probleme aus feministischer Sicht betreffen aber eben nicht nur die Lohnarbeit. Einerseits stehen dort Forderungen bezüglich der Rechte für LGBTIQ⁴- oder auch FLINT-Menschen⁵. Daneben gibt es Forderungen wie die einer Reduktion der Arbeitszeit und eines stärkeren Fokus auf Care-Arbeit in der Wirtschaft. Menschen ohne CH-Pass fordern eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik und ein Ende der rassistischen Ausbeutung von Migrant*innen.

Dezentrale Organisation

Die grösste Stärke des feministischen Streiks indes ist die dezentrale Organisation. Es gibt eine nationale Koordination, so wie es davon auch kantonale oder lokale gibt. Diese machen jedoch genau das: die verschiedenen Aktionen koordinieren und die Gruppen untereinander vernetzen. Es gibt keine zentrale Instanz, welche Befehle herausgibt. Somit entstehen eigene Initiativen und maximale Selbstbestimmung in der Wahl und Ausführung von Streikaktionen. Dies ist ein eher ungewöhnliches Vorgehen für Arbeitskämpfe mit zentralgewerkschaftlicher Beteiligung: Diese verfolgen meist eine von oben verfolgte und durchgesetzte Strategie, welche nicht immer mit den Zielen und Bedürfnissen der Basis übereinstimmen müssen. Dezentrale Streiks

³ Als Zentralgewerkschaften werden die zentral organisierten und somit auch hierarchischen Gewerkschaften bezeichnet. Dies sind (nicht nur) in der Schweiz die Mehrheit der Gewerkschaften. Beispiele dafür sind die Unia, der VPOD oder SEV. Im Gegensatz dazu stehen Basisgewerkschaften, welche von unten nach oben organisiert sind und somit dezentral funktionieren. Beispiele dafür sind die FAU oder die IWW.

⁴ Kurz für Lesbian Gay Bi Trans Inter Queer.

⁵ FLINT steht für Frauen Lesben Inter Trans.

sind weitaus unberechenbarer und weniger kontrollierbar, dafür hat sich schon oft gezeigt, dass die Beteiligung und Kreativität weitaus höher ist, als bei von oben gelenkten Streiks. Schlussendlich kämpfst du zusammen mit anderen für EURE Sache, nicht die Interessen der Gewerkschaftsfunktionär*innen.

Sie arbeitet heute etwas weniger...



Revolutionär oder alter Wein in neuen Schläuchen?

Es wäre illusorisch, zu glauben, der Streik werde einen rein revolutionären Charakter haben. Dafür ist die Bewegung zu breit... und dafür kreisen schon zu viele parlamentarische Geier um den Streik. Viele der linken Parteien versuchen, den Streik zu instrumentalisieren, denn vier Monate nach dem Streik finden die Wahlen zur Bundesversammlung statt, also die Wahlen zum Stände- und Nationalrat. Diese werden grosse Reden schwingen und das Blaue vom Himmel versprechen, doch sobald die Wahlen vorbei sind, werden auch dort die Interessen der Lobbyist*innen höher gewichtet werden, als die Interessen der Unterdrückten. Das hat die angeblich „älteste Demokratie Europas“ schon mehrmals bewiesen.

(Fortsetzung auf Seite 7)

Veranstaltungstipp

Auch dieses Jahr findet wieder die Anarchistische Buchermesse in Bern statt.

Dieses Jahr dreht sich alles um das Thema

Anbauen, Verteilen, Essen

Nebst Konzerten gibt es auch Workshops und natürlich: Essen.

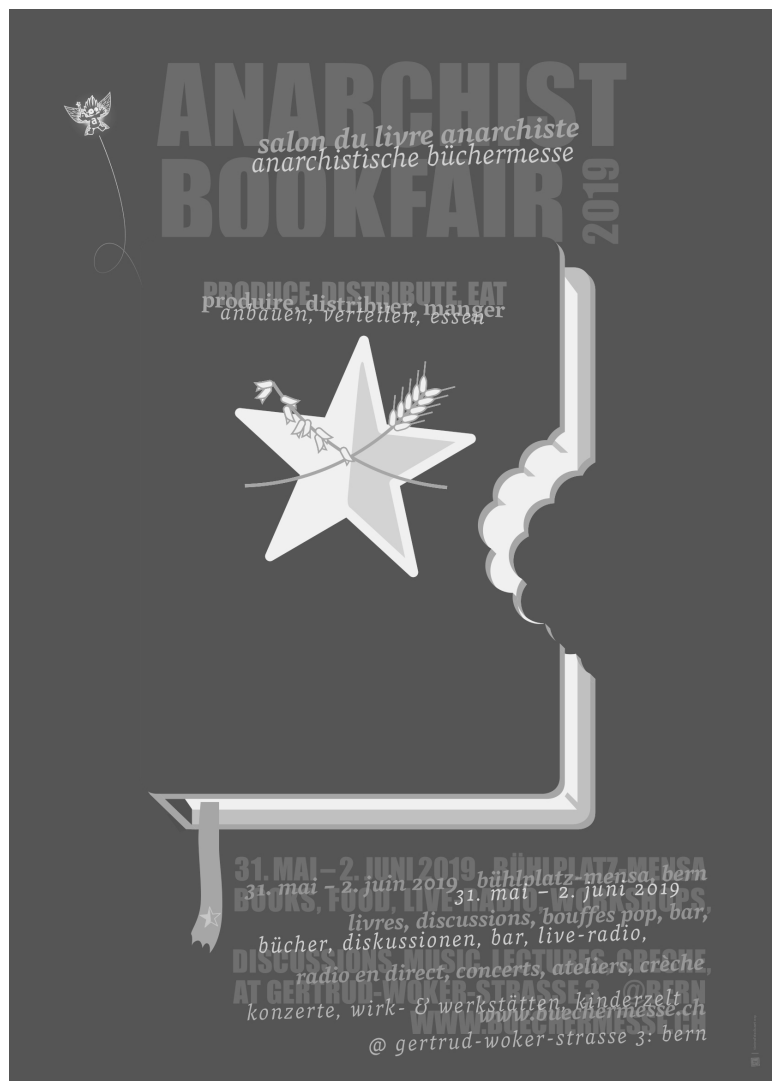
Wie schon die letzten Jahre gibt es das ganze Wochenende Büchertische verschiedenster Verlage und Gruppen. Auch die FAU Bern wird mit einem Büchertisch präsent sein.

Die Büchertische findet ihr in der Bühlplatz-Mensa an der Gertrud-Woker-Strasse 3 in Bern.

Die Anarchistische Buchermesse dauert vom

Freitag, 31. Mai bis Sonntag 2. Juni 2019

weitere Infos findest du auf
buechermesse.ch



Massenproteste in Sudan und Algerien

Seit Monaten ist nun die Bevölkerung sowohl im Sudan wie auch in Algerien auf der Strasse. Beide Bewegungen haben eines gemeinsam: Sie prangern ein Regime an, welches von Korruption und Vetternwirtschaft geprägt ist. Und in beiden Bewegungen spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle.

Sudan: Monatelange Proteste

Seit mehreren Monaten überziehen massive Proteste der Bevölkerung den Sudan. Die Menschen hatten genug von den Machenschaften des äusserst korrupten und brutalen Regimes von Omar Al-Bashir. Dieser hatte sich zusammen mit der Muslimbruderschaft 1989 an die Spitze des Landes geputscht¹. In den

¹ Siehe dazu auch *Proteste und Streiks in Sudan* in der letzten Ausgabe.

letzten Jahren führte die Korruption zu einem wirtschaftlichen Kollaps des Landes, die Inflation ist massiv angestiegen. Ende des letzten Jahres entwickelte sich ein Protest, welcher sich eigentlich an den hohen Brotpreisen entzündete. Doch dabei blieb es nicht. Besonders die neuen – eigentlich verbotenen – Gewerkschaften riefen erfolgreich zu Protesten um Ganze auf: Weg mit Al-Bashir, weg mit seinem Klüngel und her mit einem System, wovon alle profitieren und nicht einfach nur die Elite.

Notstand nützte nichts

Nachdem das Regime im März den Notstand ausgerufen hatte, nahmen die Demonstrationen wegen der Repression leicht ab. Doch im April schafften es die verschiedenen Organisationen erneut, zu

Grossdemonstrationen aufzurufen. Die Demonstrierenden richteten sich immer mehr direkt an das Militär und Polizei, dass diese sich von Al-Bashir abwenden mögen. In der Hauptstadt Khartoum waren Tage zuvor die Zugänge zum Hauptquartier der Armee blockiert worden. Zeitweise schützte das Militär sogar Demonstrierende vor der berüchtigten Geheimpolizei NISS, welche immer wieder Menschen hinrichtete und durch staatlichen Terror versucht, die Bewegung durch Furchteinflössung zu schwächen. Dutzende Demonstrierende verloren in diesen Tagen ihr Leben durch die feigen Angriffe von Al-Bashirs Mörderbanden. Durch den nochmals gesteigerten Druck der Bevölkerung lenkte das Militär und Polizei schlussendlich ein.

(Fortsetzung auf Seite 4)

Militär wollte übernehmen

Am 11. April war es soweit: Ranghohe Militärs verkündeten die „Absetzung“ und Verhaftung des Diktators Al-Bashir und weiterer seiner Anhänger*innen. Daraufhin gab es landesweit Freudenfeiern mit Zehntausenden auf den Strassen. Auf die Freudenbotschaft folgte jedoch die Ernüchterung: Anstatt einer zivilen Übergangsregierung – geschweige denn einer basisdemokratischen Organisation wie einer Räterepublik – verlauteten die Militärs, selbst eine Regierung aufzubauen. Mit gehörigem Chaos. Zuerst erklärte sich der Verteidigungsminister Awad Ibn Auf – ehemaliger General – zum Interimspräsidenten, nur um kurze Zeit später zurückzutreten und einem weiteren Militär Platz zu machen. Die Nachfolge ist zum jetzigen Zeitpunkt noch ungeklärt.

Im Sudan geht es weiter

Kein Wunder dass die Protestbewegung nun weiter geht. Denn im Sudan hat das Militär jahrelang sehr gut vom Regime Al-Bashirs gelebt. Das Militär war massgeblich an der Unterdrückung und den vielen Kriegen innerhalb des Sudans beteiligt und wurde fürstlich für seine Dienste entlohnt – zumindest die oberen Ränge. Viele aus der Bewegung hatten anfangs April ausdrücklich eine zivile Koordination nach dem Sturz des Regimes gefordert. Nun droht eine weitere Militärdiktatur. Besonders die kommunistischen und gewerkschaftlichen Teile der Protestbewegung werden daher nicht einfach aufgeben. Auch wenn das Militär nun selbst einen dreimonatigen Notstand ausgerufen hat. Wie ein Aktivist sagte: „Wenn die jetzt versuchen, im Sudan eine Militärregierung 2.0 zu installieren, dann lautet die Antwort Revolution 2.0“. Die Bewegung im Sudan hat zwar erste Siege errungen, der Befreiungskampf scheint jedoch erst richtig zu beginnen. Vor allem wenn die Bevölkerung nicht das gleiche Schicksal erleiden will, wie ihre Nachbar*innen in Ägypten.

Algerien: keine fünfte Amtszeit

Auch in Algerien gingen Menschen gegen die Regierung auf die Strasse. Dort herrschte lange Zeit Abd Al-Aziz Bouteflika. Dieser kam nach dem Algerischen Bürger*innenkrieg 1999 an die Macht. Dies auf Bestreben des Militärs, welches Bouteflika auch offiziell als Kandidaten unterstützte. In der Zwischenzeit hatte Bouteflika bei vier weiteren Präsidentschaftswahlen gewonnen, die Opposition witterte



Breaking Mafia: Die Bevölkerung hat genug von der Vetternwirtschaft in Algerien.

jedes mal grössere Wahlmanipulationen. Vor allem auch, da Bouteflika stets mit über 80% der Stimmen gewonnen habe.

Die offensichtliche Marionette

Seither hatte sich die Gesundheit des mittlerweile Zweiundachtzigjährigen dramatisch verschlechtert. 2013 musste er notfallmässig in Paris behandelt werden. Trotzdem trat er ein Jahr später erneut für die Präsidentschaft an und gewann diese, obschon er nur gerade zwei Mal öffentlich auftrat. Seither hatte er mehrere Schlaganfälle und mied die Öffentlichkeit. Schon lange wurde gemutmasst, dass der altersschwache Bouteflika unfähig war, die Regierungsgeschäfte zu führen. Umso erstaunter war die Bevölkerung also, dass – natürlich schriftlich – seine erneute Kandidatur für 2019 bekanntgegeben worden war. Es war nur zu offensichtlich, dass Bouteflika nur noch eine Marionette war. Und seine Drahtzieher*innen gaben sich nicht einmal mehr die Mühe, dies zu kaschieren.

Menschen fluten die Strassen

Daraufhin kam es im ganzen Land zu Demonstrationen und Streiks. Wie schon im Sudan entzündeten sich die Prote-

ste ursprünglich an der fünften Amtszeit Bouteflikas und sind mittlerweile zur grundlegenden Kritik am korrupten Staat Algeriens angewachsen. Besonders auch die unabhängigen Gewerkschaften mobilisieren nun massiv gegen jenen Staat, welcher sie am liebsten aufgelöst oder „integriert“ sähe.

Immer wieder Angriffe

Wenn es nach dem Staat gehen würde, so wäre die linientreue *Union Générale des Travailleurs Algériens UGTA* die einzige Gewerkschaft im Lande. Daher gibt es immer wieder Angriffe auf unabhängige Gewerkschaften, welche sich nicht für den Staat, sondern die Arbeiter*innen einsetzen. Immer wieder wird solchen Gewerkschaften unter fadenscheinigen Gründen die Anerkennung entzogen und Mitglieder verhaftet.

Bouteflika ist weg

Schrittweise zogen sich die Mächtigen um Bouteflika zurück: Zuerst verkündete das Regime Bouteflika, dass er das Land reformieren würde. Als die Proteste nicht verstummten, war seine Kandidatur Mitte März Geschichte. Und damit auch gleich die auf April angesetzten Wahlen. Erst nach langem Hin und Her entschied sich die Elite anfangs April, Bouteflika abzusetzen und „vorübergehend“ mit seinen langjährigen Weggefährten zu ersetzen. Daher nehmen die Proteste immer noch nicht ab: Es sind schlichtweg andere Gesichter, aber nicht ein anderes Regime. Das Militär scheint sich den Protesten anzunähern, doch wie schon in Ägypten könnte sich das Militär damit erneut an die Spitze des Staats putschen, wo es ohnehin schon ist.

Proteste und Generalstreiks dauern immer noch an. Besonders Jugendliche und Student*innen fordern einen echten Systemwandel. Und dieser wird weder von alten Gesichtern noch dem Militär vollzogen werden.

Basisgewerkschaft SI Cobas wird angegriffen

Die Basisgewerkschaft *Sindacato intercategoriale SI Cobas*¹ ist ins Visier des Staats geraten. Die Gewerkschaft führt seit längerem erfolgreich Kämpfe im Logistiksektor Italiens. Dieser ist nicht nur von miserablen Arbeitsbedingungen geprägt, sondern auch von Schwarzarbeit und kriminellen Banden. Letztere versuchen nun mit tatkräftiger Unterstützung des Staats und der Lega der *SI Cobas* den Garaus zu machen.

Ein Dorn im Auge des Staats

Die *SI Cobas* bildete sich 2008 aus den Arbeitskämpfen im Logistikbereich Italiens. Im Gegensatz zu den Zentralgewerkschaften wie der CGIL setzt sie auf selbstbestimmte Kämpfe der Arbeiter*innen selbst. Anstelle der sonst von einem Führungsbüro entschiedenen Streikstrategie und -forderungen, sollen also die Arbeiter*innen selbst über Ziele, die Ausgestaltung und das Ende von Arbeitskämpfen entscheiden. Dies führt natürlich auch dazu, dass Basisgewerkschaften schwieriger zu kontrollieren – und in Italien ganz wichtig: weniger leicht zu bestechen – ist.

Dies stösst der immer autoritärer werdenden, rechten Regierungskoalition aus der rechtsextremen Lega und der früheren Protestbewegung *Movimento Cinque Stelle* natürlich sauer auf. Auch wenn sich beide immer sehr volksnah geben, bleiben sie am Schluss doch nur Lakaien der Chef*innen und Patriarchen.

Lega strebt Verbot an

Besonders die Lega ist nun darauf erpicht, den *SI Cobas* verschwinden zu lassen.

¹ In Italien bezeichnen *Cobas* lokal und von unten nach oben organisierte Gewerkschaften, also Basisgewerkschaften. Der Ausdruck *Cobas* stammt von den in den 80ern existierenden *Co.Ba.S.*, übersetzt in etwa Basiskomitee-Schule. Seither wird es umgangssprachlich als gleichbedeutend mit Basisgewerkschaft benutzt.

Unter anderem stützt sie sich dabei auch auf den hohen Anteil der „ausländischen“ Organisierten im Logistikbereich. Vorgeworfen wird dem *SI Cobas* auch, dass er in Betriebe geht, Arbeitskämpfe anzettelt und Arbeiter*innen organisiert. Die Lega wirft *SI Cobas* also vor, echte Gewerkschaftsarbeit zu leisten! Nun strebt die Lega ein Verbot der Basisgewerkschaft an. Dies ist der parlamentarische Angriff auf Basisgewerkschaften in Italien.

Konstruierte Schmutzkampagne

Andere Mittel sollen am Beispiel des *SI Cobas*-Koordinator Aldo Milani gezeigt



werden. Dieser wurde von Arbeitskämpfen betroffenen Betrieben in Zusammenarbeit mit Polizei und Staatsanwaltschaft in eine Falle gelockt. Doch dazu der offene Brief des *SI Cobas* selbst:

Arbeitgeber, Polizei und Staatsanwalt attackieren *SI Cobas* Sekretär

„Aldo Milani, der Koordinator des *SI Cobas*, einer kämpferischen italienischen Gewerkschaft, wurde 2017 unter dem Vorwurf der Unterschlagung zum Nachteil der Levoni Group, eines der grössten fleischverarbeitenden Unternehmen Modenas, im Norden Italiens verhaftet. Die Verhaftung ist Teil eines Komplotts um unsere und andere kämpferische Gewerkschaften anzuschwär-

zen und das Streikrecht anzugreifen. Das Komplott flog nach der Freilassung von Aldo Milani auf, aber nur durch die Ausweitung der Kämpfe der Arbeiter*innen kann dieser Angriff der Bourgeoisie zurückgeschlagen werden.

SI Cobas bleibt unküfflich

Weder die Entlassung von hunderten an der Basis aktiven Arbeiter*innen, noch Polizeiknüppel gegen Streikposten, noch Anzeigen und Gerichtsverhandlungen gegen Arbeiter*innen und Aktivist*innen, noch die Kriminalisierung von Streikposten haben ausgereicht, um

die Ausbreitung der Organisation von Arbeiter*innen und der Streiks im Logistiksektor durch *SI Cobas* und *ADL Cobas* zu stoppen. Auch das bewährteste Mittel der Chef*innen - die Korruption - die bei den Gewerkschaftsdachverbänden CGIL, CISL und UIL normalerweise wirkt, hat nicht die erhofften Erfolge gebracht.

2016 hat der *SI Cobas* angefangen, Arbeiter*innen in dem Fleischindustrie-Gebiet Modena, dem größten Europas, zu organisieren, wo vor allem eingewanderte Arbeiter*innen arbeiten. Dies unter Bedingungen, die noch schlechter sind als die in den Warenlagern, schlechter als in den Schlachthäusern Chicagos im frühen 20. Jahrhundert.

Kämpfe in der Fleisch-Industrie

55 *SI Cobas* Mitglieder, die für die Levoni Group arbeiteten, wurden entlassen, nachdem sie gestreikt hatten. *SI Cobas* hat eine Reihe von Streiks in Levonis Fabriken durchgeführt, um die Wieder-

(Fortsetzung auf Seite 6)

SI Cobas Italien (von Seite 5)

einstellung von Entlassenen und die Zahlung von ausstehenden Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung durchzusetzen, ohne die sie nicht einmal Arbeitslosengeld beanspruchen können. *SI Cobas* hat außerdem die Levoni Group auf Zahlung von fast einer Million an ausstehenden Löhnen, Beiträgen und Krankengeld verklagt.

In einer Fabrik des Unternehmens Belentani (die zur Citterio Gruppe gehört) hat der *SI Cobas* ein Abkommen erreicht, das die Löhne und Beiträge stark verbessert, und die Anwendung des Nationalen Tarifvertrages für die Lebensmittelindustrie durchgesetzt, was eine Lohnerhöhung von fast 40% bedeutet.

Levonis Komplott

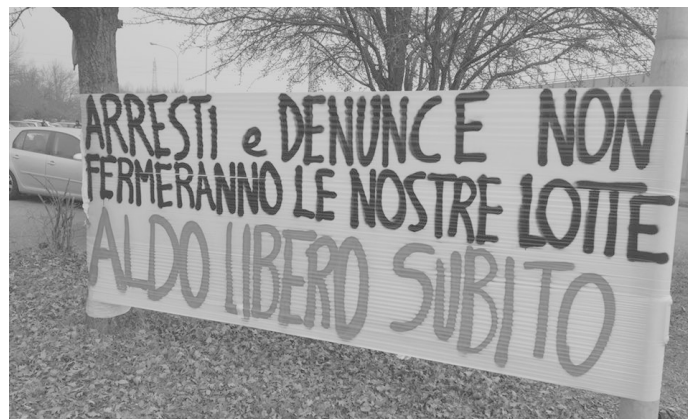
Um diese Streiks zu brechen und die «Ansteckung» durch dieses Abkommen zu verhindern, haben die Chefs von Levoni – die wussten, dass sie den *SI Cobas* nicht kaufen und zähmen können, wie die offiziellen Gewerkschaften, die seit Jahrzehnten beide Augen fest geschlossen halten - ein Komplott erdacht, um das Ansehen des *SI Cobas* zu zerstören: sie haben eingewilligt, über die Forderungen mit Hilfe eines Zwischenhändlers zu verhandeln. Dieser Zwischenhändler gehört zur Unterwelt der Arbeitgeber*innen der sogenannten Kooperativen und der, nachdem er 18 Monate wegen Steuerhinterziehung im Gefängnis war, auch als Berater für die Levoni Group arbeitet und in weiteren Geschäftsbeziehungen zu ihnen steht). Sie haben einen plötzlichen Verhandlungstisch einberufen für den 27.1. 2017 und arrangiert, dass die Polizei Kameras postiert. Die Aufnahmen zeigen einen der Manager, wie er dem Vermittler einen Umschlag übergibt, während Aldo neben ihm sitzt und mit dem anderen Manager redet². Der Umschlag enthielt 5.000 Euro, welche die Polizei fand, nachdem sie den Mann und Aldo wegen «Unterschlagung» festnahmen. Die Anklage: Sie hätten 90.000 Euro gefordert, um weitere Streiks zu verhindern. Das Video, das von der Polizei verbreitet wurde, ging viral in den Sozialen Medien und im Fernsehen.

² Das Video ohne Ton findet sich unter: www.youtube.com/watch?v=m7Eh9iNQ5TE

Das eigentliche Thema der Verhandlung war die Wiedereinstellung von entlassenen Arbeiter*innen und die Zahlung von Arbeitslosenversicherungsbeiträgen. Es muss noch geklärt werden, ob der Vermittler 90.000 Euro gefordert und so getan hat, als könne er die Kämpfe der *SI Cobas* abmildern, oder als Gage, um in dem Komplott mitzuspielen. (In dem Video, das von der Polizei als Beweis vorgelegt wurde, hat er, nachdem er das Kuvert entgegengenommen hat zweimal Handschellen darstellend seine Handgelenke gekreuzt.)

Medien machen munter mit

Alle Zeitungen, TV Kanäle und Sozialen Medien haben die folgende «Nachricht» verbreitet: «ZWEI *SI Cobas* Anführer wurden verhaftet, weil sie Schmiergelder gefordert haben, um die Arbeiter zu verraten.» Millionen Leute haben den



Polizeifilm gesehen und diese Interpretation gehört. Sogar am Tag danach, als klar wurde, dass der Mann, der das Geld genommen hat, Verbindungen zur Levoni Group hat, und nicht zum *SI Cobas*, blieben die Schlagzeilen gleich: «Zwei *SI Cobas* Leute verhaftet».

Obwohl es keine Beweise gibt, dass Aldo Milani irgendetwas mit dem Inhalt des Umschlages zu tun hatte, und das Geld, das der Vermittler schon vorher bekommen hatte, auf dessen Konto eingezahlt worden war, war die Botschaft, die die Medien vermittelten, dass der *SI Cobas* die Kämpfe der Arbeiter missbrauche, um Geld zu erpressen dafür, dass sie die Kämpfe beenden. Dieser Angriff ist noch gefährlicher als Polizeistöcke und Tränengas, oder Anzeigen gegen Streikposten. Denn es geht dabei darum, das Image moralischer Integrität

des *SI Cobas* und den Sinn der Kämpfe der Arbeiter*innen, die anscheinend dazu da sind, das Gewerkschafter sich bereichern können, zu zerstören. Dabei wird es vermieden zu erwähnen, wie sich die Bedingungen der Arbeiter*innen in den Warenlagern verändert haben, wo sich die Arbeiter*innen mit *SI Cobas* oder ADL Cobas (einer verbündeten Gewerkschaft) organisiert und ihren Kopf im Kampf erhoben haben. Wie Goebbels gelehrt hat: wenn man Lügen lange genug wiederholt, werden sie in der Masswahrnehmung zur Wahrheit.

Se toccano uno toccano tutti

Der Versuch hat bei den *SI Cobas* Arbeiter*innen nicht zum gewünschten Erfolg geführt: als die Nachricht sich verbreitete, dass Aldo verhaftet worden sei, haben in dutzenden Warenlagern die Arbeiter*innen spontan die Arbeit niedergelegt: in Mailand, Piacenza, Turin, Ancona, Rom und anderen Gegenden; der Interporto in Bolgona mit seinen hunderten Warenlagern wurde blockiert und auch im ADL Cobas organisierte Arbeiter*innen in Veneto streikten.

Der Angriff gegen den *SI Cobas* ist ein Angriff gegen die militante Gewerkschaftsbewegung in Italien und gegen das Streikrecht und gegen Streikposten, die den Transport von Waren und Material blockieren.

SI Cobas wird eine Gegenkampagne starten, um die Medien ihrer Lügen zu überführen, das Komplott dieser falschen Anklagen aufzudecken und die Wahrheit zu verbreiten. Aber vor allem wird er die Organisation der Kämpfe der Arbeiter*innen fortsetzen, den Fleischdistrikt eingeschlossen, so dass der Angriff wie ein Bumerang gegen seine Urheber*innen zurückschlägt.“

- Roberto Luzzi, *SI Cobas*

Einleitung: FDL

Auf zum Streik Teil 2 (Fortsetzung von Seite 2)

Schwieriges Organizing

Den Care-Bereich zu organisieren, ist weitaus schwieriger als eine Baustelle. Eine Baustelle kann Tage oder gar Wochen stillstehen, Ein Pflegeheim oder Kindertagesstätte kann dies nicht: In solchen Bereichen sind auch andere Menschen als der Klassenfeind oder Patriarch von einer Arbeitsniederlegung betroffen. Ein Ausbleiben kann dabei schwerwiegende Folgen für die auf Care-Arbeit Angewiesenen haben: Ein vollumfassender Streik im Spital zum Beispiel würde zu mehreren Toten führen. Und genau deswegen sind diese Bereiche auch anfällig für Lohn-dumping und miserable Arbeitsbedingungen wie überlange Arbeitszeiten oder Dauerstress: Den Arbeiter*innen fehlt das ultimative Kampfmittel in Form eines totalen Streiks. Deswegen muss in diesen Bereichen auch am feministischen Streik auf andere Mittel ausgewichen werden. Administrativ-Streiks, Bummelstreiks, verlängerte Pausen, Transparent-Aktionen etc⁶. In den Spitälern wird unterdessen überlegt, ob eine Art Sonntagsdienst verrichtet werden soll, also dass nur die Notfallstationen und die notwendigsten Dienste aufrecht erhalten werden. In Kitas und Schulen ist die Grundlage zwiespältiger. Ein Streik in diesen Bereichen wäre mehr als nötig, gleichzeitig würde ein Streik bedeuten, dass die Kinder nicht betreut werden könnten und sich somit die Eltern – in der Realität eher die Mütter – sich während des Streiks um sie kümmern müssten und nicht streiken könnten. 1991 wurde dieses Problem oftmals so gelöst, dass entweder die männlichen Kollegen* einsprangen und zum Teil ein Sondertagesprogramm zum Thema Frauenstreik machten oder aber mit Transparenten auf die Unmöglichkeit des Streikens hingewiesen wurde.

⁶ Der Administrativstreik verweigert unter anderem die Abrechnung der Krankenkassenleistungen, beim Bummelstreik wird extra langsam geschuftet oder sogar „Dienst nach Vorschrift“ geleistet, was ebenfalls viel langsamere Arbeit bedeutet.

Das migrantische Prekariat

In der der Pflege gibt es zudem den höchst prekären Bereich von migrantischem Privatpflegepersonal. Ein Streik könnte bei ihnen schwerwiegende Sanktionen nach sich ziehen, bis zur Ausweisung. Dies ist besonders bei Schwarzarbeit der Fall. Solche Arbeitsbeziehungen sind höchst ungerecht: Sicherlich riskieren die Chef*innen Geldstrafen, wenn die Schwarzarbeit auffliegt, aber gerade Sans-Papiers ist nicht an der Öffentlichmachung dieser Ausbeutung gelegen: Sie riskieren eine Ausschaffung, Menschen mit B- und C-Ausweis riskieren ihren Aufenthaltsstatus. Damit



Eine Sitzblockade in Spanien wird aufgelöst. an den Huelgas Feministas in Spanien nahmen jeweils mehrere Millionen Menschen teil.

sorgt der Rassist*innenstaat Schweiz mit seinen Gesetzen dafür, dass die Arbeitsmigrant*innen die Fresse halten. Der Frauen*streik täte gut daran, diese Gruppe einzubeziehen und zu unterstützen. Denn bei Migrantinnen* kommen mehrere Unterdrückungsformen zusammen: Nebst der Diskriminierung als Frau* müssen sie oftmals noch mit Vorurteilen wegen ihrer Herkunft kämpfen.

Dein Platz ist hinter der Front, Genosse*!

Zum Schluss noch ein Wort an die vom Streik ausgeschlossenen, also Cis-Männer⁷: Sexismus und Patriarchat betrifft

zweifelsohne auch Männer*. Die Hackordnung innerhalb des Patriarchats betrifft auch jene in den unteren Rängen. Die gesellschaftlichen Erwartungen, was ein Mann* sein, tun und lassen muss, lastet auch auf ihren Schultern. Doch hier kann der Vergleich mit anderen Unterdrückungsformen wie der Organisierung im Klassenkampf helfen: Die Unterstützung eines Verbündeten aus der Mittelschicht mag ja erwünscht und hilfreich sein, doch ein Kleinunternehmer wird immer – egal wie hoch sein Einfühlungsvermögen auch sein mag – Gefahr laufen, die Interessen der Arbeiter*innen nicht in gleichem Masse hartnäckig umzusetzen wie dies ein*e Arbeiter*in selbst tun würde. Eine

Fürsprache ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Bedürfnisse endet nur in der gleichen Scheisse, welche wir beenden wollen: in einer Bevormundung.

Deswegen sollte der Platz der Solidarischen nicht an der „Front“ sein, sondern unterstützend und auf Wunsch der Betroffenen. Frage dein lokales Frauen*Streik-Komitee oder auch einfach nur deine Kolleg*innen, Partnerinnen* oder

Freundinnen* wie du sie an diesem Tag und darüber hinaus unterstützen kannst.

Mehr als ein Tag

Der Befreiungsschlag darf nicht mit dem Streik am 14. Juni enden. Der Frauenstreik 1991 zeigte uns die geballte

⁷ Cis ist ein Begriff, welcher als Gegenstück zu Trans gebraucht wird: Er bezeichnet Menschen, deren Geschlechtsidentität mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt. Der Begriff ist zugegeben nicht ganz scharf, so dass in Bezug auf Cis-Männer manchmal auch die Definition „vom Patriarchat profitierende Menschen“ verwendet wird

(Fortsetzung auf Seite 8)

Auf zum Streik (von Seite 7)

Macht, welche eine feministische Bewegung aufbringen kann. Jedoch auch, wie schnell die Politik sich wieder nicht darum kümmert, wenn der Druck nachlässt. Der Streik an sich ist in zweierlei Hinsicht wichtig:

1. Er ist ein starkes Zeichen an die Gesellschaft, dass sich die Unterdrückten nicht länger still damit abfinden werden.
2. Die Organisierung des Streiks ist eine Schule für zukünftige Kämpfe. Sie bringt Vernetzung und Selbstvertrauen und zeigt, welche Stärke in der gemeinsamen Aktion der Unterdrückten liegt. Gleichzeitig zeigte der Streik 1991 auch auf, dass ein eintägiger Streik nicht zwingend zu grundlegenden Umwälzungen führt. Sonst wäre die Neuauflage überflüssig. Ein Grossteil der Forderungen bezieht sich zudem auf gesellschaftliche Umwälzungen, welche nur über lange Zeit mit hohem Druck erreicht

werden können. Die Unterdrückten dürfen sich nicht auf das Parlament verlassen, denn dies vertritt – egal wie radikal die Parlamentarier*innen sein mögen – im Kapitalismus schlussendlich die Interessen der Mächtigen. Die Unterdrückten können im Parlamentarismus nichts mehr gewinnen, denn dieses Spiel wurde von den Mächtigen übernommen und für die Bonzen perfektioniert. Wir fordern schlussendlich nicht einen Stück des vergammelten Kuchens, wir wollen die ganze Bäckerei unter Selbstverwaltung und -bestimmung. Dies erreichen wir nicht, indem wir von oben diktierte Anweisungen entgegennehmen, sondern durch Aktivismus auf den Strassen, zuhause oder im Betrieb.

Mach mal Pause

Der Tag kann nur ein Start für diese Veränderung sein. Die FAU Bern hat schon vor Jahren lohnarbeitenden Frau-

en* vorgeschlagen, die Lohnungleichheit mit weniger Arbeit zu bekämpfen⁸. Der sogenannte *Gender Pay Gap*, also der Lohnunterschied nur aufgrund des zugeschriebenen Geschlechts, beträgt je nach Berechnungsart 7-19%. Solange diese Ungerechtigkeit besteht, solange kannst du auch einfach mal ne längere Pause machen, früher nachhause gehen, Fail- und Katzenvideos schauen. Tu, was du willst, du wirst ja schlussendlich für bis zu 20% deiner Arbeitszeit nicht bezahlt. Geschweige denn von der unbezahlten und ungleich verteilten Care-Arbeit. Darum: Mach mal Pause.

Die FAU Bern solidarisiert sich mit den Anliegen des Frauenstreiks und fordert zur Teilnahme und Unterstützung jedweder Art auf.

FAT

⁸ siehe dazu zum Beispiel die letztjährige Ausgabe *di schwarzi Chatz* #52 vom Mai-Juni.

Klimakapitalismus

Wer sich um globale Erwärmung sorgt, kommt um die Systemfrage nicht herum

Mit den Klimastreiks haben Schüler*innen eine längst überfällige Bewegung gegen das Ignorieren des Klimawandels losgetreten. Dabei werden sie von allen Seiten mit dem Anspruch nach angeblich korrektem individuellem Konsum drangsaliert. Doch wenn die Frage nach Massnahmen gegen den Klimawandel nur individuell beantwortet wird, führt das ins Leere. Die zerstörerische Logik des Kapitalismus kann nur durch kollektives Handeln überwunden werden.

Möglicherweise wird 2018 als das Jahr in die Geschichte eingehen, in dem der Klimawandel erstmals signifikanten Teilen der Metropolenbevölkerung als etwas Dringliches erschien. Eigentlich ist die globale Erwärmung als Folge des erhöhten CO₂-Anteils in der Atmosphäre aufgrund der Verbrennung fossiler Materialien seit den 1970er Jahren bekannt. Lange fristete das Thema ein Schattendasein oder wurde als Obsession von fortschrittsfeindlichen Hysteriker*innen abgetan. Aber mittlerweile verdichten



sich die jedes Jahr heisseren Sommer, die Waldbrände, Sturmfluten und Hurrikane zur beunruhigenden Gewissheit, dass da tatsächlich etwas aus dem Lot geraten ist. So vermeldete die Weltorganisation für Meteorologie anfang 2019, dass die heissesten Jahre seit Beginn der Wetteraufzeichnungen allesamt in den vergangenen 22 Jahren gemessen wurden¹

¹ <https://public.wmo.int/en/media/press-release/wmo-climate-statement-past-4-years-warmest-record>

Die Zukunft wird ungemütlich

Nicht einmal die – aus mehrheitlich schlechten Gründen und unter tätiger Mithilfe von Menschen mit Interesse am Erhalt des Status quo in Verruf gekommenen – Experten, von denen man sich gemeinhin nüchterne Appelle zur Mässigung erhofft, tragen zur Beruhigung bei. Vielmehr ist das, was sie prognostizieren, auf ganzer Linie katastrophisch und zwar selbst dann, wenn entgegen allen Erwar-

tungen die äusserst bescheidenen Klimaziele des Pariser Abkommens von 2015, das seit dem Austritt der USA eigentlich schon Makulatur ist, eingehalten werden. Unausgesprochene Grundlage der Verhandlungen darüber, um wieviel Grad die Durchschnittstemperaturen in den nächsten Jahrzehnten gegenüber vorindustriellen Zeiten ansteigen werden, ist nicht ob, sondern wie viele Menschen der sich abzeichnenden ökologischen Katastrophe zum Opfer fallen werden. Dürre, steigende Meeresspiegel, extreme Wetterereignisse, das massenhafte Unfruchtbarwerden von landwirtschaftlichen Anbauflächen und das Artensterben sind nur eine Seite des Problems – wie solche Ereignisse politisch verarbeitet werden, steht auf einem anderen nicht weniger beunruhigenden Blatt. Die überall grassierende Wende nach rechts, Nationalismus, Chauvinismus und Feindlichkeit gegenüber Migrant*innen, sind nicht nur eine Folge der Krise des neoliberalen Kapitalismus des letzten Jahrzehnts, sondern auch eine Reaktion auf die sich abzeichnenden ökologischen Verwerfungen der kommenden Jahrzehnte, in denen sich Migration und ungleicher Zugang zu Ressourcen weiter verallgemeinern werden.

Widerstand und Häme

Doch es regt sich Widerstand. In immer mehr Städten gehen Menschen auf die Strasse und protestieren. Mehr und mehr Schülerinnen und Schüler traten freitags in den Ausstand und streiken gegen eine Politik, die einer der drängendsten Menschheitsfragen nichts als Lethargie und Sorge ums Wohl des Wirtschaftsstandorts entgegenbringt. Die üblichen Verdächtigen, die sonst gerne über eine nur an Smartphones und Social Media interessierte Jugend den Kopf schütteln, schütten kübelweise Häme über den vermeintlich grün-idealistischen Naivlingen aus. Am härtesten bekommt es die 16-jährige Schwedin Greta Thunberg ab, die im Alleingang die Klimastreiks angestossen hatte: Gegen sie gibt es regelrechte Kampagnen, vor allem von älteren Männern, bei denen man sich fragt, was sie mehr fürchten: den Verlust des Werts ihrer Aktiendepots oder den der beruhigenden Gewissheit, dass alles immer so weitergehen wird, wie sie es kennen.

Wenn viele kleine Menschen viele kleine Schritte tun, bringt's das auch nicht

In den letzten Jahrzehnten hat die Hegemonie neoliberalen Denkens und Wirtschaftens vor allem eines durchgesetzt: Die Vorstellung, dass man für sein Schicksal ausschliesslich selbst verantwortlich ist. Wie Margret Thatcher einst bemerkte: «There is no such thing as society!» Diese Abwertung gesellschaftlichen Denkens und Handelns ging einher mit der Aufwertung individueller Konsumentscheidungen als Ort des Politischen. Damit werden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, unter denen diese



*Kritiker*innen sähen die Protestierenden am liebsten abgeschottet im Wald leben. Doch dies würde den Klimawandel auch nicht aufhalten, solange die grossen Firmen unsere Umwelt verpestern.*

Entscheidungen getroffen werden, kaum mehr zum Thema gemacht. Du bist, was du konsumierst und das sollte am besten grün, nachhaltig und klimaneutral sein. Das Feld der Klimapolitik ist gesät mit Vorschlägen, wie wir unseren individuellen ökologischen Fussabdruck reduzieren und welche Produkte wir bevorzugt konsumieren sollten².

Nun spricht prinzipiell wenig dagegen,

das Flugzeug zu meiden, weniger Plastik zu verwenden und seinen Fleischkonsum zu reduzieren, im Gegenteil. Doch die Appelle ans individuelle Konsumverhalten haben einen entscheidenden Schönheitsfehler: Laut dem Carbon Majors Report von 2017 gehen 71 Prozent der klimaschädlichen CO₂-Emissionen seit 1988 auf das Konto von gerade einmal 100 Firmen, darunter die Öl- und Gasriesen Exxon Mobile, BP und Chevron³.

Das Klima ist auch eine Klassenfrage

Auch deren Produkte landen natürlich mehrheitlich bei den Endverbraucher*innen, nur ist mein Einfluss darauf, wie die Produkte, die ich konsumiere, hergestellt werden, ziemlich begrenzt. Hinzu kommt: Ökologisches Konsumverhalten ist eine Klassenfrage, darauf haben die Gilets Jaunes in Frankreich, deren Bewegung mit Protesten gegen die höhere Besteuerung von Diesel ihren Anfang nahm, in den letzten Monaten mit Nachdruck hingewiesen⁴. Wenn die Regulierung von Treibhausmissionen ausschliesslich in Form von erhöhter Besteuerung erfolgt, bleibt es eine Frage des Geldbeutels, wer klimaschonend leben kann. Das fängt beim Individualverkehr an, für den es, nicht zuletzt infolge des neoliberalen Angriffs auf öffentliche Infrastruktur, vielerorts keine Alternativen gibt. Dieses Muster setzt sich bei der Beheizung der Wohnräume fort und auch bei den Lebensmitteln, die man konsumiert. Und damit ist noch nichts über die menschenfeindlichen Bedingungen gesagt, unter denen seltene Erden abgebaut werden, Grundbaustein vieler vermeintlich «grüner» Technologien von der Photovoltaikanlage bis zum Elektroauto.

² <https://www.nau.ch/news/wirtschaft/tipps-furschuler-des-klimastreiks-65479167>

³ <https://6fefcbb86e61af1b2fc4-c70d8ead-6ced550b4d987d7c03fcd1d.ssl.cf3.rackcdn.com/cms/reports/documents/000/002/327/original/Carbon-Majors-Report-2017.pdf?1501833772>

⁴ <https://translatableipzig.wordpress.com/2018/12/17/vorlaeufige-gedanken-ueber-die-gilets-jaunes/>

(Fortsetzung auf Seite 10)

Der Klimawandel ist kein Betriebsunfall

Angefangen mit der Dampfmaschine stand die Verbrennung fossiler Brennstoffe im Zentrum der technologischen Innovationen, die der kapitalistischen Produktionsweise ihre Dynamik verliehen: Transport von Gütern und Personen, Elektrizität, mit der Maschinen aller Art betrieben werden, Kunststoffe – das alles hängt an fossilen Brennstoffen. Nicht-fossile Energiequellen spielen, abgesehen von der Atomenergie, für deren Restrisiken man bislang ebenso wenig eine Lösung gefunden hat, wie für die Endlagerung ihrer strahlenden Abfälle, eine untergeordnete Rolle. Gleichzeitig ist der Kapitalismus aufgrund der Mechanismen der Konkurrenz, die sich sowohl zwischen Einzelunternehmen wie auch zwischen Nationalstaaten abspielt, darauf angewiesen, ständig zu wachsen. Neben technologischen Innovationen beruht dieses Wachstum vor allem auf der Ausweitung von Absatzmärkten nach aussen (Imperialismus) und innen (Erschließung neuer Käufer*innenschichten). Wer sich in der Konkurrenz nicht durchsetzt, geht früher oder später im Marktgeschehen unter. Dem entspricht ein Denken, in dem Fragen nach der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens, der Begrenztheit von Ressourcen oder dem blossen Fortexistieren der Spezies Mensch kurzfristigen Profiterwartungen systematisch untergeordnet werden. Und so setzen diejenigen Vertreter*innen der Kapitalinteressen, die den Klimawandel nicht einfach leugnen, schlicht darauf, dass in den nächsten Jahrzehnten irgendwelche klimarettenden technologischen Lösungen gefunden werden. Derzeit spricht jedoch nichts dafür, dass die bislang existierenden Technologien zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ in dem Masse ausweitbar sind, wie es erforderlich wäre.

Auch aus Katastrophen lässt sich Geld machen – wenn wir es zulassen

Es gibt gute Gründe, daran zu zweifeln, dass diejenigen Profiteur*innen des gegenwärtigen Systems, die den menschengemachten Klimawandel leugnen, einfach nur mit ideologischer Blindheit

geschlagen sind. Während offiziell vermeldet wird, dass es keinen Anlass zur Besorgnis gäbe, werden bereits individuelle Exit-Strategien vorbereitet, um sich ans weniger zerstörte andere Ende der Welt zurückzuziehen, wenn es dereinst wirklich ungemütlich wird. Seit Jahren kaufen die Steinreichen dieser Welt im grossen Stil Grundstücke in Neuseeland. Und das in einer Zahl, die die neuseeländische Regierung letztes Jahr dazu



„Polizei = Wirtschaftssöldner“. Ein Baumhaus im Hambacher Forst. Der alte Wald soll dort dem Profit des Konzerns RWE geopfert werden.

bewog, den Verkauf von Wohneigentum an Ausländer*innen zu verbieten, um die grassierende Wohnungsnot einzudämmen⁵. Wenn hierzulande Schüler*innen für ihre Zukunft und gegen die herrschende Klimapolitik demonstrieren, dann ist das berechtigt. Doch die Zukunft der Klimakatastrophe ist in anderen Weltgegenden längst Gegenwart: Vergleichsweise wenig zerstörte Wohlstandsenklaven werden hermetisch gegen die Habenichtse abgeriegelt, die selber zusehen müssen, wie sie mit den von der herrschenden wirtschaftlichen Ordnung verursachten Schäden klarkommen. Vergangenen Dezember wurde die *Migrant Caravan* an der Grenze zwischen Mexiko und den USA mit Waffengewalt zurückgedrängt. Diese Migrant*innen flohen nicht nur vor politischer Gewalt in ihren mittelamerikanischen Herkunftsländern, sondern auch vor Armut und Hunger, die das Ergebnis von klimabedingten Ernteausschlägen sind. Doch mörderische Grenzregimes sind nur das aussenpolitische Symptom einer Dynamik, die sich auch im Inneren der Nationalstaaten fortsetzt.

⁵ <https://www.theguardian.com/news/2018/feb/15/why-silicon-valley-billionaires-are-prepping-for-the-apocalypse-in-new-zealand>

Die gesellschaftlichen Folgen des Hurrikans Katrina 2005 im Süden der USA, bei dem die Dämme brachen und weite Teile von New Orleans überflutet wurden, zeigen wohin die Reise geht. Beim Wiederaufbau der Stadt wurden Sozialwohnungen und öffentliche Einrichtungen weitgehend abgerissen oder privatisiert, die armen (und zumeist schwarzen) Teile der Bewohnerschaft fanden in den neu aufgebauten Stadtteilen schlichtweg kei-

nen bezahlbaren Wohnraum mehr und mussten in den ohnehin durch Ölraffinerien massiv verseuchten Küstenstreifen im Umland nach einer Bleibe suchen. Ein solcher Katastrophenkapitalismus, bei dem findige Investor*innen den Schock nach einer Naturkatastrophe nutzen, um ebenso unpopuläre wie

lukrative Umstrukturierungsmassnahmen durchzusetzen, war auch im Jahr 2017 nach dem Hurrikan Maria auf Puerto Rico am Werk. Dort findet Wiederaufbau nur statt, wenn es dabei etwas zu verdienen gibt. Das spätestens seit der weltökonomischen Krise 2007/08 allgegenwärtige Muster, Krisenverluste zu vergesellschaften und Gewinne zu privatisieren, findet so seine Fortsetzung auf der Ebene des gesellschaftlichen Umgangs mit Naturkatastrophen. Gerade weil diese Dynamik einen systemimmanent logischen Charakter hat, ist es mit individuellen Konsumentenscheidungen nicht getan. Um erfolgreich Widerstand gegen die zerstörerische Logik des Kapitalismus zu leisten, müssen wir kollektiv handeln. Und jedem Versuch, dieses kollektive Handeln wieder in individuelle Bahnen zurückzulenken, widerstehen. Deshalb, liebe Lehrer*innen der Kantonsschule Wiedikon, ist es auch keine gute Idee, eure streikenden Schüler*innen mit Aufsätzen über ihren individuellen CO₂-Ausstoss während ihrer Ferien zu bestrafen. **Streikt lieber mit ihnen!**

Patricia Postlethwaite

Dieser Artikel erschien zuerst auf ajour-mag.ch

Police the Police

Die desaströse Abstimmung über das neue Polizeigesetz¹ hat der Polizei neuen Auftrieb gegeben. Nach Jahren tritt die Polizei wieder mit einer Dimension der Gewalt auf, welche so neu nicht ist. Eine Anklageschrift.

Die Sippenhaft namens Landfriedensbruch

Mittlerweile diskutieren die Bürgerlichen im Parlament – von denen sich viele wohl äusserst gut im Hitler-Regime zurechtgefunden hätten – eine Verschärfung des Landfriedensbruch-Artikels. Dieser ist das Schweizer Instrument der politischen Unterdrückung schlechthin: Landfriedensbruch bestraft nicht die Anwender*innen von „Gewalt“ an Menschen oder Sachen, sondern die sogenannten „Mitläufer*innen“. Es bestraft jene, welche an einer Demonstration teilgenommen haben, an der es entweder zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam, oder wie im Falle der Afrin-Solidaritäts-Demonstration letzten April zu Sprayereien. Genau wegen dieser Demonstration deckt nun die Staatsanwaltschaft dutzende Aktivist*innen mit Strafbefehlen ein. Landfriedensbruch soll einerseits die ausserparlamentarische Opposition mit Bussen lähmen und gleichzeitig einen Keil zwischen sie treiben.

Spätestens da – also an dem Punkt, wo Menschen mit saftigen Geldstrafen eingedeckt werden, obschon sie nichts getan haben ausser ihre Solidarität kundzutun – sollte jedem vernunftbegabten Menschen klar werden, dass es mit „Rechtsstaatlichkeit“ nicht weit her ist. Und wenn der „Landfrieden“ so einfach zu brechen ist, stellt sich doch die Frage,

¹ Kurz: Racial Profiling wird nicht als Realität anerkannt, Fahrende können vertrieben werden, für viele Überwachungsmaßnahmen hat die Polizei einen Monat lang freie Hand. Generell hat die Polizei massiv mehr Kompetenzen.

ob dieser überhaupt existiert. Ist es vielleicht nicht vielmehr so, dass der Staat seinen Krieg gegen die Freiheit und alle danach strebenden Menschen nie beendet hat und aufgrund seines autoritären Wesens auch nie beenden wird? Wo es keine Gerechtigkeit gibt, kann es auch keinen Frieden geben.



*April 2018: Da es an einer Demonstration zu Sprayereien kam, wurden dutzende – daran unbeteiligte – Demonstrant*innen wegen Landfriedensbruchs verurteilt worden. Der „Landfrieden“ scheint hierzulande nicht allzu stabil zu sein. Viel eher ist er eine Ausrede, Leute zum Schweigen zu bringen.*

„Zustände wie im Sudan“

Ein Beispiel: T. floh aus dem Sudan, weil er durch seinen linken Aktivismus ins Visier des Staats geraten war: Hausdurchsuchungen, Folter, Gefängnis und Einschüchterung gehörten dort zum Alltag der Aktivist*innen unter dem Diktator Al-Bashir. Ein beliebtes Mittel der Repression und Kriminalisierung ist ihm nun jedoch auch in der Schweiz begegnet: Die Anklage wegen Landfriedensbruchs, welche finanzielle Repression oder Gefängnis nach sich zieht. Er war erstaunt, dass ihm in Bezug auf Landfriedensbruch das gleiche in der Schweiz auch passiert ist bzw. dass auch die Schweiz solche Arten der „Sippenhaft“ kennt. Generell ist er sehr desillusioniert über die sogenannten westlichen „Demokratien“, seit er als Flüchtling hierher gekommen ist und seither von den Behörden wie ein Krimineller und ein Stück Scheisse gegängelt wird. Und dies nur aufgrund seines Aussehens und seines Aufenthaltsstatus.

Korruption und Machtmissbrauch

Dass auch in der Schweiz die Polizei nicht unfehlbar ist, soll an zwei Beispielen gezeigt werden.

Bei Kontrollen wegen THC-haltigem Gras sind mehrere Fälle bekannt, in denen die offiziell beschlagnahmte Menge

weitaus tiefer war, als die sichergestellte. Die Differenz wanderte in die Taschen der Polizist*innen selbst. Natürlich machen die Beschuldigten keine Beschwerden. Dies würde durch die höhere Menge nur ihre Strafe verschärfen.

Es gibt mindestens einen belegten Fall eines nicht-weissen Flaschensammlers vor der Reitschule: Der Mensch hat keine Aufenthaltspapiere, was auf das menschenunwürdige Asylregime der Schweiz zurückzuführen ist. Um sein Überleben und das seiner Familie zu sichern, ging er jedes Wochenende Depotflaschen sammeln.

Danach wurde er schon mehrfach von der Polizei angehalten und sie nahmen ihm das Bargeld, welches er für das Depot kriegte, und beschuldigten ihn, ein Dealer zu sein. Es wurde keine Quittung ausgestellt, um keine Spuren ihres Verbrechens zu hinterlassen. Einziger Hinweis auf den „Deal“: Er hatte Bargeld dabei. Das Geld hat er übrigens nie wieder gesehen...Beschweren will er sich aufgrund seines illegalen Status nicht. Dafür bestaunen die Beamt*innen nun wohl ihr neu gekauftes Handy während sie konfisziertes Gras rauchen.

Auch in der Schweizer Polizei gibt es also Korruption. Polizei „schießt“ nicht auf Polizei und auch die Staatsanwaltschaft ist abhängig von den Lakaien in Blau und wird daher nicht gegen sie aktiv. In Bern wehrt sich so die Polizei erfolgreich gegen die Schaffung einer unabhängigen Beschwerdestelle, weil sie weiss, dass die

(Fortsetzung auf Seite 12)

Police the Police (von Seite 11)

Beschwerden in die Höhe schiessen würden. Das Proletariat und besonders Berns Jugend weiss das auch nur zu gut.

Polizeipropaganda

Dass die Polizei nicht neutral ist, sondern eine eigene politische Agenda verfolgt, zeigen die Konflikte um die Reitschule am deutlichsten. Die neusten Entwicklungen in den Razzien irritieren: So auch der offene Brief des Polizeikommandanten Blättler. Dieser Strippenzieher erregte mit seinem Brief Mitte März die Gemüter. Darin wandte er sich vordergründig an die Besucher*innen der Reitschule. Er faselt dabei etwas von gemeinsamen Werten wie Solidarität und Selbstbestimmung. Doch wenn die Polizei von Solidarität spricht, meint sie die Solidarität unter den Mächtigen. Wenn sie von Selbstbestimmung quaselt, meint sie die Selbstbestimmung der Mächtigen. Für die Unterdrückten hat die Polizei nur eines: blanke Gewalt und Psychoterror.

Am gleichen Tag, an dem dieser „versöhnliche Brief“ erschien, marschierte die Polizei erneut in die Reitschule ein, verhaftete Schwarze und versuchte ihnen Drogendeal anzuhängen. Manchmal reicht es ihnen bereits, wenn du nicht weiss bist und Bargeld auf dir trägst. Es war eine von vielen Razzien. Nebst den People of Color wurden auch immer wieder Menschen verhaftet, welche sich dieser rassistischen Hetzjagd in den Weg stellten.

Verletzungen werden in Kauf genommen

Die Polizei verliert immer mehr die Hemmung, andere Menschen und vor allem Andersdenkende zu verletzen. Immer wieder wird mit Gummigeschossen auf die Köpfe gezielt, bei Festnahmen scheint es fast so, als wollten sie die Personen absichtlich verletzen. Und auch der Fall eines Sprayer, welcher vor der Reitschu-

le von der Polizei in einem Auto gejagt wurde², zeigt eines: Die Polizei nimmt Verletzungen besonders im Umfeld der Reitschule in Kauf. Daher sollte Kommandant Blättler nicht erstaunt sein, dass sein „Schutz“ – wie er es selbst ausdrückt – nicht immer willkommen ist. Besonders da die Polizei oftmals in Aufstands-Bekämpfungsausrüstung aufmarschiert und dadurch sich nicht nur unverwundbar fühlt, sondern sich auch so verhält.

„Links-Grüner“ Siff schaut zu und leistet Schützenhilfe

Gegenüber der Reitschule führt sich die Stadt gerne als Freundin und Helferin auf. Doch faktisch schaut die Stadtregierung tatenlos zu, wie die blauen Banden

recht gut gelungen. Dabei ist es nur eine Frage der Zeit, bis den Betreiber*innen der Kragen platzt. Denn schlussendlich kann der Leistungsvertrag auch als eine Art „Waffenstillstand“ verstanden werden: Die Stadt verzichtet auf die Miete und somit ist die Reitschule offiziell nicht mehr besetzt. Dadurch sollte es zu weniger Zusammenstössen kommen. Doch nun werden die Reitschule und andere Projekte nicht mehr nur von der Polizei angegriffen, sondern durch die Heerscharen von idiotischen Auflagen auch vom Statthalteramt und der Gewerbepolizei. Diese Troika wird unterstützt von einer Stadtregierung, welche Freiheit nur in geordneten – und damit von ihr kontrollierbaren – Bahnen akzeptiert. Und Freiheit höchstens als Lippenbekenntnis erwähnt oder in einer pervertierten Form lebt.

Gemeinsam stärker

Die Polizei hat freie Hand in der Ausgestaltung ihrer Repression. Denn wenn der Gemeinderat auch nur ein bisschen Kritik äussert, geht die Polizei und der kantonale Sicherheitsvorsteher Müller gleich auf die Barrikaden und machen der Stadtregierung klar, wie abhängig sie von deren Schutz sind.

Die Stadt wird daher der Bevölkerung nicht helfen. Das können wir nur selbst tun. Es gibt viele Unterdrückte und wenn wir uns zusammenschliessen und organisieren, so ist das Kräfteverhältnis ein anderes.

Mit kleinen und grossen Schritten werden wir so Selbstbestimmung über unsere Buden und Hütten, unsere Arbeit, unsere Körper, unsere Sexualität, kurz: Selbstbestimmung über unser Leben gewinnen.



Gewaltdarstellung: Das Transparent im Innenhof der Reitschule wurde von der Gewerbepolizei entfernt, weil es „Gewalt“ zeige. Es ist nicht das erste Mal, dass der Staat mit fadenscheinigen Gründen Zensur an ihm unliebsamen Inhalten begeht. Policethepolice.ch dokumentiert Polizeibrutalität, deswegen wollte die Polizei das Transparent weg haben.

vor der Reitschule ihre feuchten Träume von Gewalt und Unterdrückung ausleben. Teilweise handeln diese Banden sogar auf Geheiss des sogenannten „links-grünen“ Gemeinderats. Der Gemeinderat ist in dieser Geschichte der „gute Bulle“, während die Polizei deren Drecksarbeit erledigt. In jeder Verhandlungsrunde versucht die Stadt durch den Leistungsvertrag, neue Kontrollmechanismen einzubauen. Und bisher ist ihr dies auch

² Ein ziviles Fahrzeug der Polizei fuhr anfangs März an Sprayer*innen neben der Reitschule vorbei. Daraufhin folgte sie einem Flüchtenden auf das Trottoir. Mehrere Menschen mussten dem Auto auf den Fussgänger*innenweg ausweichen. Wahrscheinlich versuchte die Polizei den Flüchtenden anzufahren.

Scoia'tael

Gewerkschaften und Verträge

Wann und warum begannen Gewerkschaften mit dem Unterzeichnen von Tarifverträgen?

Teil 1: Papierlose Arbeitskämpfe in den USA

Auch wenn der folgende Artikel sich auf die Geschichte des Tarifvertragswesens – in der Schweiz Gesamtarbeitsvertrag genannt – in den USA konzentriert, sind viele der beschriebenen Aspekte auf die Entwicklung in Deutschland und der Schweiz übertragbar. Wir danken organizing.work und dem Autor Robin J. Cartwright für die Genehmigung dieser deutschsprachigen Übersetzung. Der erste Teil handelt von der Zeit vor dem Bürger*innenkrieg und vor schriftlichen Abkommen

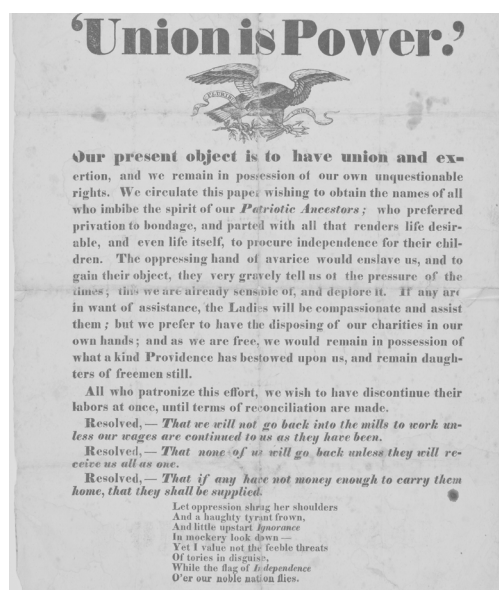
Im Jahre 1911 beschwerte sich Bill Haywood¹, dass

„die American Federation of Labor, selbst wenn sie wollte, keinen Generalstreik mehr durchführen könnte... Sie haben 271.000 verschiedene Tarifverträge, die zu 27.000 verschiedenen [Zeitpunkten] im Jahr auslaufen. Sie müssen folglich entweder all diese heiligen Verträge brechen oder es gibt keinen Generalstreik in dieser sogenannten ‚Arbeiterorganisation‘“.

Heute sehen es Expert*innen für Arbeitsbeziehungen als selbstverständlich an, dass Gewerkschaften nach dem Unterzeichnen von Tarifverträgen mit den Arbeitgeber*innen streben, aber in den Tagen Haywoods war dies eine relativ neue und umstrittene Vorgehensweise, eine, die in seinen Jugendjahren begann. Tarifverträge wurden ursprünglich von denjenigen Gewerkschaften erfunden, die glaubten, sie müssten den Gewerkschaftsführer*innen auf Landesebene die Autorität geben, Streiks und Militanz einzuschränken, da durch diese die Gewerkschaft finanziell ruiniert oder sie staatlicher Gewalt ausgesetzt werden konnte. Als Arbeiter*innenunruhen zunahmen, suchten Arbeitgeber*innen nach neuen Methoden, um die Arbeiter*innenschaft zu kontrollieren und Streiks zu verhindern. Schliesslich entschied

¹ Haywood war einer der Mitbegründer der Basisgewerkschaft *Industrial Workers of the World IWW*

den sie sich dazu, mit den moderateren Gewerkschaftsführer*innen zusammenzuarbeiten und diese zu kooptieren², um so deren Autorität über die Gewerkschaftsmitglieder zur Disziplinierung der Arbeiter*innenschaft zu nutzen. Über mehrere Jahrzehnte experimentierten Arbeitgeber*innen und Gewerkschaftsführungen mit verschiedenen Verträgen und formten so Stück für Stück ein Tarifsystem, das beiden Seiten nützte.



Flyer während des Lowell-Mill-Streiks 1834. In der dortigen Textilbranche waren grösstenteils Frauen organisiert, welche die Lohnkürzungen nicht einfach hinnehmen wollten. Der Chef bezeichnete sie daraufhin als „unweiblich“.*

Arbeitsbeziehungen vor Tarifverträgen

Vor dem Aufkommen von Tarifverträgen praktizierten Gewerkschaften eine Vielzahl anderer Methoden, um mit dem Management zu interagieren. Während der Streiks in der Lowell-Textilspinnerei 1834 und 1836, die mit zu den ersten Fabrikstreiks der

² Kooptation meint in diesem Zusammenhang, dass man eine Führungsperson z.B. einer Gewerkschaft bei einem Entwicklungsprozess dem Schein nach beteiligt, damit sie die Ergebnisse mitträgt und in der eigenen Organisation verteidigt, während die Person keinen echten Einfluss auf die Entwicklung nehmen soll. Siehe dazu auch den Abschnitt zu Manipulation und Kooptation in Harvard Business Review unter <https://hbr.org/2008/07/choosing-strategies-for-change>.

Vereinigten Staaten gehörten, versuchten die Arbeiter*innen nicht, das Management zur Unterzeichnung eines Tarifvertrags zu bewegen. Die Streiks wurden als Reaktion auf einen Lohnschnitt 1834 und eine Erhöhung der Preise für Kost und Logis in den firmeneigenen Pensionen 1836 geführt. 1834 organisierten die Arbeiter*innen, fast alle junge Frauen*, Massenversammlungen und unterzeichneten Petitionen gegen die Kürzungen. Sie verpflichteten sich, die

Arbeit zu verweigern, falls die Kürzungen nicht aufgehoben würden, und verhängten Strafen gegen jede Arbeiterin*, die ihr Versprechen brach. Auch wenn der Streik von 1834 niedergeschlagen wurde, war derjenige von 1836 besser organisiert und führte zu einer Rücknahme der Preiserhöhungen – ohne die Unterzeichnung eines Vertrages und ohne nennenswerte Treffen oder Verhandlungen zwischen dem Management und den Arbeiter*innen. Die Berufsgewerkschaften³ des 19. Jahrhunderts, deren Mitglieder hauptsächlich männlich waren, versuchten oft, ihre gewünschten Löhne und Arbeitsbedingungen gegenüber den Arbeitgeber*innen durchzusetzen, ohne dabei auf schriftliche Vereinbarungen zu setzen oder gar zu verhandeln. Typischerweise trafen sich dafür die Gewerkschafter*innen und stimmten über die von ihnen definierten

Regelungen ab. Diese Regelungen betrafen Löhne, Arbeitszeiten, Pausenzeiten, freie Tage, die Bedingungen der Lehre und die spezifischen Arbeitsrichtlinien (wie beispielsweise die Grösse der Mannschaften, die Zahl der gleichzeitig laufenden Maschinen und die Stückzahl pro Stunde). Gewerkschaftsmitglieder waren verpflichtet, alle Befehle, die mit diesen Regeln kollidierten zu verweigern und für keine Arbeitgeber*innen zu arbeiten, der sich nicht an diese Regeln hielten.

³ Gewerkschaften für Mitglieder eines Berufes und nicht einer Branche. Im 20. Jahrhundert weitestgehend durch Branchengewerkschaften abgelöst.

(Fortsetzung auf Seite 14)

Diese Berufsgewerkschaften organisierten Fachkräfte, die eine umfangreiche Ausbildung hatten – dies machte es für das Management schwierig, die Arbeiter*innen einfach zu ersetzen. Wenn also ein ausreichend grosser Teil dieser begrenzten Menge an Fachkräften die Anstellung bei denjenigen Arbeitgeber*innen, die sich nicht an die Regeln hielten, verweigerte, konnten sie so die Arbeitgeber*innen zwingen, sich an die Bedingungen der Gewerkschaft zu halten. Damit diese Strategie funktionieren konnte, musste die Gewerkschaft sicherstellen, dass die Zahl der Ausgebildeten in ihrem Gewerbe begrenzt blieb. Viele Berufsgewerkschaften versuchten dies, indem sie die Zahl der neuen Lehrlinge beschränkten und indem sie Frauen*, Nicht-weisse Amerikaner*innen, Immigrant*innen und/oder Ir*innen aus ihrem Gewerbe fernhielten.

Erkämpfte Lohnerhöhungen ohne Verträge

Eine weitere gängige Praxis unter den Arbeiter*innen des 19. Jahrhunderts war es, eine *Preisliste* oder *Lohnskala* herauszugeben – eine schriftliche Liste aller Arbeitsplätze der Arbeitsstätte und der Löhne, die die Gewerkschaft für diese verlangte – und in den Streik zu treten. In einigen Fällen schafften es die Arbeiter*innen durch diese direkte Aktion, das Management zur Unterzeichnung dieser Lohnforderungen zu zwingen. In anderen Fällen traf sich das Management mit einem Komitee aus Streikführer*innen und verhandelte über einen Kompromiss. Das vermutlich häufigste Ergebnis, wenn der Streik nicht direkt niedergeschlagen werden konnte, war eine Lohnerhöhung – aber eben nicht auf die von der Gewerkschaft geforderte Höhe – ohne irgendetwas zu unterzeichnen. So etwa während des Streiks der Schuhmacher*innen in Neu-England im Jahre 1860. Einige Arbeitgeber*innen akzeptierten die neuen Lohnforderungen der Gewerkschaft, die meisten jedoch erhöhten die Löhne um eine moderatere Summe, ohne formal eine Vereinbarung zu unterzeichnen. Der Streik versandete, nachdem das Management den Arbeitern*innen vieles von dem was sie verlangten gegeben hatte. In einigen Fällen stellte die Gewerkschaft

den Streik einseitig ein, nachdem das Management ausreichende Zugeständnisse gemacht hatte.

Wenn wir jede schriftliche Vereinbarung zwischen Gewerkschaften und dem Management mit Tarifverträgen gleichsetzen (eine zu breite Auffassung von Verträgen), dann sind diese schriftlichen Lohnforderungen die ersten Tarifverträge. Jedoch unterschieden sie sich von den modernen Tarifverträgen durch das Fehlen eines Auslaufdatums und dadurch, dass in ihnen



*1860 traten in New England über 20'000 Schuhmacher*innen in den Streik. Es war einer der grössten Streiks vor dem Bürger*innenkrieg ein paar Jahre später.*

meist nur die Lohnsätze geregelt wurden. Andere, sonst typische Regelungen moderner Verträge – Klauseln zu den Rechten des Managements, Prozeduren bei Beschwerden oder Schiedsverfahren, der Verzicht auf Streik, Regelungen zur Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen, das automatische Einziehen von Gewerkschaftsbeiträgen, etc. – waren nicht vorhanden.

Ausweitung während des Bürger*innenkriegs

In der zweiten Hälfte des Amerikanischen Bürgerkrieges [1861-1865, Anm. d. Übersetzers] und danach begannen die amerikanischen Arbeiter*innen, sich in einem bisher nicht dagewesenen Masse gewerkschaftlich zu organisieren. Vor dem Bürger*innenkrieg waren die Gewerkschaften hauptsächlich lokal oder regional organisiert gewesen, mit wenig nationaler oder gar internationaler Struktur zur Koordinierung lokaler Aktivitäten. Gewerkschafter*innen gründeten nun

Organisationen, die von Küste zu Küste reichten, mit landesweiten Kongressen, gewählten landesweiten Funktionär*innen und einer landesweiten Streikkasse für jedes Gewerbe. Sie formten die *National Labor Union* als Dachverband (und, nach einer Spaltung, die *Colored National Labor Union*).

Samuel Gompers, der später Präsident der *American Federation of Labor* werden sollte und ein Befürworter der Tarifverträge, trat in dieser Zeit als junger Mann erstmals einer Gewerkschaft bei. In seinen Memoiren schrieb er:

„Es gab einen grossen Unterschied zwischen diesen frühen Gewerkschaften und den Gewerkschaften von heute. Damals gab es keine Regeln oder Ordnung. Eine Gewerkschaft war eine mehr oder weniger eindeutige Gruppe an Leuten, welche im selben Gewerbe angestellt waren und sich unter Umständen gegenseitig bei Problemen mit

dem Arbeitgeber halfen. Es gab keine ernsthafte Anstrengung, gerechte Löhne durch kollektive Tarifverhandlungen zu sichern. Der Arbeitgeber veränderte die Löhne so lange, bis er sie zu dem Punkt gedrückt hatte, an dem die menschliche Leidensfähigkeit revoltierte. Oftmals startete die Revolte durch einen Einzigen, dessen persönliche Unzufriedenheit gross genug war, der aufstand und erklärte: „Ich gehe in den Streik. Alle, die weiter arbeiten sind Scabs⁴. Für gewöhnlich folgten ihm die anderen Arbeiter“.

Es war also selbst nach dem Bürger*innenkrieg und dem Aufkommen einer tatsächlich landesweiten Arbeiter*innenbewegung von Verträgen zwischen Arbeiter*innen und Arbeitgeber*innen kaum die Rede.

Robin J. Cartwright

zuerst erschienen in *Direkte Aktion*

⁴ Abwertende Bezeichnung für Streikbrecher*innen

Die Schlesischen Weber

**Im düstern Auge keine Träne,
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,
Wir weben hinein den dreifachen Fluch -
Wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten
In Winterskälte und Hungersnöten;
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,
Er hat uns geäfft und gefoppt und genarrt -
Wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,
Den unser Elend nicht konnte erweichen,
Der den letzten Groschen von uns erpreßt
Und uns wie Hunde erschießen läßt -
Wir weben, wir weben!**

**Ein Fluch dem falschen Vaterlande,
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,
Wo jede Blume früh geknickt,
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt -
Wir weben, wir weben!**

**Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,
Wir weben emsig Tag und Nacht -
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch -
Wir weben hinein den dreifachen Fluch -
Wir weben, wir weben!**

- Heinrich Heine, 1845

Hintergrund des Gedichts

1840 waren viele Weber*innen in Preussen noch in der Heimarbeit tätig. Gleichzeitig drückten die industriellen Webstühle aus Grossbritannien die Preise. 1844 führten Missernten zu einer unglaublichen Armut. Daraufhin protestierten die Weber*innen beim Industriemagnaten Zwanziger und verlangten mehr Lohn, da dieser massive Gewinne machte mit den Niedriglöhnen. Er erwiderte jedoch nur:

“Sie möchten nur, wenn sie nichts anderes hätten, Gras fressen; das sei heuer reichlich gewachsen“.

Daraufhin zogen die Demonstrierenden zu seinen Fabriken und seinem Haus und beschädigten diese. Die Menge zog darauf weiter zu anderen halsabschneiderischen Fabrikbesitzern.

Nach wenigen Tagen rückte das preussische Militär vor und schlug den Aufstand brutal nieder.

Zur Kulturseite

Wir haben uns vorgenommen in jeder Ausgabe auch etwas Kultur zu bringen und werden hier Kurzgeschichten, Gedichte und grafischer Kunst einen Platz geben. Wir versuchen möglichst Unveröffentlichtes abzudrucken und freuen uns natürlich wenn du uns deine Werke zur Verfügung stellst (schreib an zeitung@faubern.ch).

Falls wir einmal nicht genügend zugesendet bekommen, werden wir auch auf bereits veröffentlichte Kunst zurückgreifen.



di schwarzi chatz
Zeitung der Freien Arbeiter_innen Unions in der Schweiz

8 Stunden sind (mehr als) genug!

131 Jahre sind es her, dass in Chicago für den Achtstundentag gestreikt wurde. Heute sind wir wieder am Punkt gelangt, wo ohne Scheitern gestreikt werden kann: 8 Stunden sind (mehr als) genug!

In dieser Ausgabe

Nach Arbeit
Die menschliche Bestattung der Arbeiter_innenbewegung

35% weniger Lohn? 35% weniger Arbeit!
Arbeit von Frauen wird immer noch grossenteils für den Lohnverlust genutzt

Einmaliger Kampf!
Unterstützungssysteme können sich gegenwärtig gegen Frauen und Frauenarbeit in der Arbeitswelt durchsetzen. Und wir wollen, dass sie nicht weiter existieren können. Wir wollen, dass die Arbeiter_innen, die in der Arbeitswelt arbeiten, nicht weiter für den Lohnverlust genutzt werden. Wir wollen, dass die Arbeiter_innen, die in der Arbeitswelt arbeiten, nicht weiter für den Lohnverlust genutzt werden.

Jan 1. Mai - Solidarität
Der 1. Mai ist ein Tag der Solidarität. Er ist ein Tag der Solidarität. Er ist ein Tag der Solidarität.

Anteilnahme
Anteilnahme an der Solidarität. Anteilnahme an der Solidarität. Anteilnahme an der Solidarität.

Anteilnahme
Anteilnahme an der Solidarität. Anteilnahme an der Solidarität. Anteilnahme an der Solidarität.

abonnieren?

- Ich möchte di schwarzi Chatz abonnieren (ungefähr 6 Ausgaben für 30.- oder mehr)
- Für Infoläden, Beizen und Weiterverteiler_innen haben wir spezielle Abos! Einfach per Mail nachfragen (zeitung@faubern.ch)

Vorname, Name:

Adresse:

PLZ/Ort:

E-Mail:

Einsenden an:
di schwarzi Chatz
c/o FAU Bern
Postfach 2368
3001 Bern
oder:
zeitung@faubern.ch

Die FAU? Was ist das?

Die Freie Arbeiter_innen Union Bern ist eine Gewerkschaftsinitiative aus dem Raum Bern. Aufbauend auf anarcho-syndikalistischen Prinzipien versteht sie sich als basisdemokratische und kämpferische Alternative zu den sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaften. Sie ist:

KÄMPFERISCH: Weil die Interessen der Arbeiter_innen denjenigen des Kapitalist_innen radikal entgegengesetzt sind. Weil die grossen sozialen Fortschritte nur durch soziale Kämpfe und Mobilisierungen errungen wurden.

SELBSTBESTIMMT: Weil Entscheidungen von den Direktbetroffenen getroffen werden sollen und nicht von Parteispitzen und Funktionär_innen. Weil Hierarchien im Gegensatz zu einer egalitären und selbstorganisierten Gesellschaft stehen.

SOLIDARISCH: Weil einzig Reflexion, gegenseitige Hilfe und die berufsübergreifende Aktionen den Gruppenegoismus überwinden können.

ANTI-KAPITALISTISCH: Weil wir diejenigen sind, welche alle Güter herstellen und alle Dienstleistungen erbringen, sollen sich diese nach dem Wohle der Gemeinschaft orientieren und nicht nach dem Profit einiger weniger. Wir denken deshalb, dass der Syndikalismus an einem politischen Projekt für eine gerechte, egalitäre und freie Gesellschaft arbeiten muss. Das heisst an einem revolutionären Projekt.

Schwarze Katze?

Die schwarze Katze als Symbol für selbstorganisierte Arbeitskämpfe wurde im frühen 20. Jahrhundert vom IWW-Mitglied Ralph Chaplin erschaffen. Die Katze, auch „Sab Cat“ genannt, wird heute von libertären Gewerkschaften auf der ganzen Welt als Symbol verwendet. Wir freuen uns über Kommentare, Rückmeldungen und Kontakte an:

info@faubern.ch oder
zeitung@faubern.ch



Gleichstellung

Noch immer haben Frauen* in der Arbeitswelt schlechtere Chancen als Männer*: Sie bekommen im Durchschnitt 21% weniger Lohn, haben schlechtere Arbeitsbedingungen, bekommen weniger interessante Aufgaben und Weiterbildungen zugeteilt, sie werden viel öfter Opfer von sexueller Belästigung und wenn es zu Kündigungen kommt, werden oft erst die Frauen* entlassen. Gegen all diese Diskriminierungen gibt es seit 1996 das Gleichstellungsgesetz. Natürlich gilt dieses Gesetz auch für auf Grund ihres Geschlechts benachteiligte Männer*.

Niemand darf aufgrund des Geschlechts, des Zivilstands, der familiären Situation oder einer Schwangerschaft in der Arbeitswelt benachteiligt werden.

Dies gilt insbesondere für:

- Anstellung und Kündigung
- Arbeitsbedingungen
- Aufgabenzuteilung
- Lohn
- Berufliche Aus- und Weiterbildung
- Beförderung

Zusätzlich definiert das Gleichstellungsgesetz die Pflichten der Arbeitgeber*innen im Falle einer sexuellen Belästigung.

Das Gesetz verbietet direkte und indirekte Benachteiligung.

Direkte Diskriminierung

Wenn du für die gleiche Arbeit weniger Lohn bekommst als eine Person eines anderen Geschlechts.

Indirekte Diskriminierung

Wenn du für eine andere, aber gleichwertige Arbeit weniger Lohn bekommst als eine Person eines anderen Geschlechts. Stereotype Frauenqualitäten (z.B. flinke Finger, Geduld) führen zu weniger Lohn als stereotypische Männerqualitäten (z.B. Kraft, Durchsetzungsvermögen).

Klage durch die Gewerkschaft

Auch eine Gewerkschaft, ein Berufsverband oder eine Frauenorganisation kann Klage führen! Die Betroffenen müssen sich dann nicht exponieren. Die Verbandsklage ist möglich, wenn mehrere Arbeitsverhältnisse von einer Diskriminierung betroffen sind. Nimm in solchen Fällen mit der FAU Kontakt auf!

Achtung: So begründet auch Forderungen nach gleichen Löhnen für alle Geschlechter sind, stelle in einem Arbeitskampf nicht diese Forderung (Also nicht: „Gleicher Lohn für Frauen und Männer“). Fordere, dass die Löhne auf das Niveau des anderen Geschlechts angehoben werden sollen (Also: „Erhöhung der Frauenlöhne auf das Niveau der Männerlöhne“) – sonst könnte dies eine Lohnkürzung für das andere Geschlecht bedeuten!

In jedem Kanton gibt es eine Schlichtungsstelle für Diskriminierungsfragen im Erwerbsleben, welche auch für Beratungen angefragt werden kann.

Impressum

di schwarzi chatz
Quartiergasse 17
Postfach 2368
3001 Bern

Auflage: 750
Konto: 30-276725-1

erscheint 6 mal jährlich (Änderungen vorbehalten)

Kontakt

di schwarzi chatz
zeitung@faubern.ch
FAU Bern - Syndikat aller Berufe
info@faubern.ch